

Dezernent Herr Dr. Just Gérard  
Stadtverwaltung Meerbusch

### **Arbeitskreis Haus Meer**

## **Jetzt reicht´s!**

### **Offener Brief**

Sehr geehrter Herr Dr. Gérard,

die Entscheidung des Rates der Stadt Meerbusch, sich zu dem Gesamtdenkmal Haus Meer zu bekennen und einen Arbeitskreis zu bilden, der eine konsensfähige Entwicklung für Haus Meer erarbeiten sollte, ist durch Ihre Zuständigkeit im Arbeitskreis systematisch gegen Null gesteuert worden.

Es war ein Fehler in dem gemeinsamen Antrag von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Sie mit dieser Projektentwicklung zu betrauen.

Es sind leider weder ausreichende fachliche Kompetenzen, noch konstruktive eigene Ansätze erkennbar in den Arbeitskreis eingebracht worden, die uns in irgendeiner Weise weitergebracht hätten. Ihre wohlklingenden Einschätzungen zur Bedeutung von Haus Meer in diversen öffentlichen Erklärungen und Publikationen, haben bedauerlicherweise keinerlei Schnittmenge mit Ihrem fachlichen Beitrag als Dezernent dieser Stadt zu diesem Thema.

Wie kann es sein, dass nach anderthalbjährigen Diskussionen im Arbeitskreis mit Fraktionen, Verwaltung, Initiativen und VertreterInnen der Eigentümer, durch Sie eine untragbarere Planung in der Öffentlichkeit vorgestellt wird, als sie bereits beschlossen war?

Der Planungsausschuss der Stadt Meerbusch hatte am 19. August 2008 die letzte Planung des Besitzers von Haus Meer, Herrn Roland Agne, mit eindeutiger Mehrheit (14:3 Stimmen) abgelehnt (da gab es noch keine Kooperation von CDU und GRÜNEN).

Der Ausschuss hatte beschlossen, in die Beteiligung der Öffentlichkeit zu gehen und u.a. eine Nordbebauung und eine Tiefgarage prinzipiell auszuschließen; siehe Niederschrift APL vom 19.08.2011. Warum ist das nicht geschehen?

Bereits in 2008 war sich der Planungsausschuss einig und hat im Rahmen der Abwägung beschlossen, dass die Pläne mit einer Nordbebauung im denkmalgeschützten Park aufgrund des massiven Einschnittes nicht vertretbar sind.

Die sogenannten „Nonnenvillen“ sollten nach Beschluss des Ausschusses nicht Planungsbestandteil sein. Übrig blieben also Neubauten auf den Schlossfundamenten, durchaus leicht in den Norden erweiterbar und die Remise; insgesamt also mit einer Größenordnung von ca. 12.000 qm Bruttogeschossfläche.

Nachdem sich der Arbeitskreis Haus Meer nun über mehr als anderthalb Jahre an Fakten und anderen Überlegungen abgearbeitet hat, tragen Sie mit einer völlig unverständlichen „Begeisterung“ den Plan eines Edelhotels mit mindestens 80 Betten und einer Bruttogeschossfläche von ca. 22.000 qm ohne Abstimmung mit dem Arbeitskreis als letzte verbleibende Lösung vor und betonen in einer Pressekonferenz, dass „nun keine Zeit mehr zu verlieren“ sei. All das verbunden mit einem dramatischen Einschnitt in das wertvolle und teilweise wieder hergerichtete Gartendenkmal.

Auf alle bereits seit langem bekannten Probleme, wie Erschließung, einhellige Ablehnung der übergeordneten Fachbehörden, diverse Konflikte mit dem Naturschutz, verbleibende Kostenträgerschaft für das Gartendenkmal, finanzielle Beteiligung der Stadt Meerbusch und vor allem auch nach wie vor fehlendes Einvernehmen mit dem Eigentümer des Gutshofs Haus Meer, Baron von der Leyen, haben Sie keine Antworten. Ja, Sie stellen nicht einmal die Fragen neu.

Bei der nun eigenmächtig von Ihnen vorgestellten Planung werden die wesentlichen Einwendungen der Denkmalbehörden, die bereits 2008 zum Umdenken des Planungsausschusses geführt haben, komplett unberücksichtigt gelassen. Nur die Einsicht, dass eine Tiefgarage im denkmalträchtigen Boden unterhalb des Schlosses nun wirklich nicht geht, wird „eifertig“ vorformuliert. Wer hätte das gedacht?

Es war absurd, dem Arbeitskreis im Januar 2012 ein Votum abzurufen, dass die überdimensionierten Pläne der Hotelplanung den Denkmalbehörden erneut zur Prüfung vorgelegt werden sollten.

Ihre Einschätzung und wahrscheinlich auch die des Bürgermeisters, dass wir nach dem x-ten Versuch, für eine indiskutable Planung irgendwann von den zuständigen Behörden eine Zustimmung erhalten würden, musste scheitern.

Und es ist zu befürchten, dass wir uns außerhalb der Stadtgrenzen vollends der Lächerlichkeit preisgeben.

Ich darf daran erinnern, dass in einer gemeinsamen Sitzung im Jahre 2008, organisiert von Landtagsvizepräsident Oliver Keymis MdL, an einem „runden Tisch“ mit VertreterInnen der Landesbehörden, des zuständigen Ministeriums, unserer Verwaltung, den Eigentümern Agne, vertreten durch Frau Jeromin, und Baron von der Leyen sowie VertreterInnen aller Meerbuscher Ratsfraktionen, von ministerieller Seite ganz konkret und unmissverständlich die Aussage getätigt wurde, dass die Anträge der Stadt Meerbusch für öffentliche Fördermittel für Haus Meer so unqualifiziert seien, dass eine Bearbeitung auf diesem Niveau auszuschließen war.

Nun werben Sie, Herr Dr. Gérard, gemeinsam mit dem Verwaltungsvorstand für eine Planung, die ebenfalls scheitern wird, möglicherweise sogar offenen Auges, aber mit dem vermeintlich beruhigenden Gefühl, dass ja zumindest irgendwas vorgeschlagen wurde.

Im Endeffekt „reiten“ Sie, in enger Abstimmung mit dem Bürgermeister, auf den gleichen alten Plänen der Vergangenheit „herum“, ohne einen Funken Herzblut für das Gesamtdenkmal Haus Meer (von nationaler Bedeutung) und damit für die öffentliche Sache zu zeigen - und wie selbstverständlich ohne jede Beachtung der bekannten Fakten und bisherigen Beschlüsse.

Es stellen sich immer mehr Fragen und da Sie laut Presseberichten von Samstag, 30. Juni 2012, „den Sturm“ ja ab Montag erwarten – haben Sie sicher auch schon die passenden Antworten vorbereitet:

1. Warum muss eigentlich immer wieder neu auf die Historie der Planung hingewiesen werden, nur weil regelmäßig infrage gestellt wird, was bereits beschlossen war?
2. Wieso werden von unserer Verwaltung und von Teilen der Politik die konkreten damaligen Aussagen der Denkmalbehörden einfach uminterpretiert und damit der irreführende Eindruck erweckt, dass selbst deutlich größere Planungen, als die bereits abgelehnten, nicht auszuschließen seien, um sich dann schließlich erneut eine offizielle amtliche Abfuhr von „höherer Stelle“ zu holen?
3. Wieso wird ignoriert, dass der Arbeitskreis Haus Meer in seiner Sitzung vom 7. April 2011 für eine „große“ Lösung eine „Entwicklung von Planungs- und Baurecht für Gebäude (auf dem ehemaligen Schlossgrundriss, Remise und Wirtschaftshof)“ zugrunde gelegt hat, und nicht mehr?

Wieso schlagen Sie abweichend von diesem Konsens in dem Arbeitskreis nun eine Planung vor, die etwa den doppelten Umfang an Bauvolumen hat?

Und nun, Herr Dr. Gérard, zu Ihren gravierendsten Versäumnissen:

1. Sie haben versäumt, konkrete Zahlen zur finanziellen Förderung des Projektes Haus Meer in den zuständigen Ämtern und im Ministerium sowie den einschlägigen Stiftungen abzufragen, wie dies vereinbart war.
2. Sie sind meinem Antrag ausgewichen, die Übertragung des Gesamtdenkmals Haus Meer an einen Förderverein, verbunden mit öffentlicher Nutzung des Areals, als mögliche Variante auszuarbeiten, vorzustellen und beraten zu lassen.
3. Sie haben nicht die Vorschläge des CDU-Ratsherrn Radmacher aufgegriffen, prüfen zu lassen, wie das Denkmal Zug um Zug in kleinen Schritten zu sichern wäre.
4. Sie haben den Antrag der FDP vom 10. Januar 2012 und meine Forderung, die Planung auf der Basis der bisherigen Beschlusslage (so wie oben bereits ausgeführt) vorzulegen, nicht aufgegriffen und eben nicht klären lassen.
5. Sie übergehen einfach die Aussagen aus Ihrem Gespräch mit Herrn Ministerialrat Dr. Thomas Otten, Referatsleiter Baudenkmalschutz und Bodendenkmalschutz im zuständigen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (siehe dazu Ihr Protokoll vom 16.06.2011), in dem bereits ausgeführt wird, dass **„die Überlegungen zur Erhaltung und künftigen Nutzung des Gesamtareals ... Haus Meer nicht primär aus Sicht von Investoreninteressen vorgenommen werden“** dürfen.

Ohne vorherige Abstimmung mit dem Arbeitskreis ist dieser teilweise um eine unbekannte bunte Gruppe von Architekten, Landschaftsplanern und den Vertretern der Hotelkette „bereichert“ worden, die uns plötzlich gegenüber saßen und alle irgendwie (wieder einmal) vom Eigentümer Roland Agne, Köln, beauftragt waren.

Ohne Abstimmung mit dem Arbeitskreis kündigten Sie in der letzten Sitzung am 26.06.2012 an, dass dieser nun zu beenden ist und sich abschließend noch einmal treffen kann.

Ich darf darauf hinweisen, dass ein Ratsbeschluss vom 16. Dezember 2010 zu diesem Arbeitskreis geführt hat, dass dem Rat ein Ergebnis vorzustellen wäre und dieser dann entscheiden sollte, ob oder welche Zukunft der Arbeitskreis Haus Meer hat. Ich bitte zu berücksichtigen, dass das in keiner Weise Ihre Entscheidung ist.

Und ich bin es auch leid, dass ausgerechnet denen, die sich über mehr als 15 Jahre intensiv um unterschiedlichste Varianten für eine Lösung bemühen, also Bürgerinitiativen, der Förderverein, aber auch FDP und GRÜNE in Meerbusch und darüber hinaus, gebetsmühlenartig vorgeworfen wird, dass es diese Engagierten seien, die kein Interesse an einer tragfähigen Entwicklung des Geländes haben.

Das Problem ist, dass das bisherige Planungsverfahren gescheitert ist und scheitern wird, weil immer wieder die Bewertung des Gesamtdenkmals, trotz akzeptierter, anteiliger wirtschaftlicher Nutzung, durch die Verwaltungsspitze und Teile der Politik in den Hintergrund gerät, und dem Druck nach umfassender wirtschaftlicher Rendite entsprochen werden soll.

Und das alles vor dem bekannten Hintergrund, dass der heutige Eigentümer dieses Gelände quasi spekulativ für rund 3,5 Mio. DM 1994 erworben hat, dass damals, ausweislich der staatsanwaltlichen Ermittlungen und der Verurteilung des ehemaligen Meerbuscher Baudezernenten Loskant, Ihres Vorgängers, dieser 200.000,- DM Schmiergeld von einem Herrn Rehbein kassierte, der mit 25 % an der ehemaligen „Agne-Wahlen-Meerbusch GbR“ beteiligt war. In der Chronologie im Internet, auf der Seite der BI „Rettet Haus Meer“ liest sich die entsprechende Passage so:

„1994: Es kommt zu einer Zwangsversteigerung und zum völlig überraschenden Kauf des historischen Geländes durch die Agne-Wahlen Meerbusch GbR.

“Einige Tage vorher hatte der damalige Baudezernent Loskant noch die Architektengruppe “Lindner, Klasing & Partner” von einer geplanten Bebauung von Haus Meer dringend abgeraten.

Ähnliches teilte er auch der BfG Bank AG – die Hauptgläubigerin des Voreigentümers – mit. In dem Schreiben vom 4.7.1994 heißt es unter anderem, es sei “mehr als fraglich, ob dieses Grundstück überhaupt einer Bebauung zugeführt werden kann”.

Hinzu komme, “dass die Rechtskraft des Bebauungsplanes einer Überprüfung ebenfalls nicht standhalten wird”.

Der Grundstückspreis für das anscheinend unbebaubare Gelände fiel infolge solcher Aussagen von rund 16 Millionen DM auf nur noch 3,5 Millionen DM – und Agne schlug zu.” („The Rheiner“ vom 2.12.2000)

Ab November 1994 wird die Bebauung des historischen Areals durch den Baudezernenten der Stadt Meerbusch vorangetrieben.“

**Und weiter heißt es in dieser Chronik:**

„Im Oktober 2000 wird der ehemalige Baudezernent Loskant rechtskräftig wegen Bestechlichkeit in 5 Fällen zu einer Gesamtstrafe von 4 Jahren und 3 Monaten sowie zu einer Geldstrafe von 640.000,- DM verurteilt.

Ganz besonders kriminelle Bedeutung maßen die Richter u.a. dem Bestechungsfall Haus Meer zu. Der Dezernent hat während des Prozesses zugegeben, 200.000,- DM an Bestechungsgeld von dem ehemaligen Partner des heutigen Besitzers Agne empfangen zu haben.“

Nach dem Jahr 2000 kehrte eine (notwendige?) Ruhephase ein und 2003 kam es aufgrund des öffentlichen Drucks zu dem „Werkstattverfahren“, auf dessen Ergebnisse bis heute von Seiten der zuständigen Denkmalschutzbehörden verwiesen wird, wenn eine Planung auf diesem Gesamtdenkmal Haus Meer realisiert werden soll. Unverständlich und ernüchternd ist auch Ihre Aussage im Arbeitskreis, dass das Werkstattverfahren aus 2003 der Verwaltung offiziell nicht bekannt und somit nicht Planungsbestandteil sei.

Nach Ihrem unangemessenen Vorpreschen, nach Ihrem ebenso völlig unangemessenen Umgang mit dem vom Rat der Stadt eingesetzten Arbeitskreis Haus Meer stehen wir nun vor einer sehr schwierigen Situation ohne, dass sich eine Lösung abzeichnet. Das ist sehr bedauerlich.

Mit freundlichem Gruß

Jürgen Peters  
Fraktionsvorsitzender

Zur Kenntnis an:  
Fraktionen  
Meerbuscher Presse